



Protokollauszug  
zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 11.11.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Haushaltsplan 2022 und Finanzplanung mit  
Investitionsprogramm 2021-2025  
- Einbringung**

**Vorl.Nr. 371/21**

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** und der Fachbereichsleiter Finanzen bringen den Haushaltsplan 2022 und die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2021 – 2025 ein. Die in diesem Zusammenhang gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OBM **Dr. Knecht** und der Stadtkämmerer stellen den Etatentwurf vor.

**TOP 2**

**Stellenentwicklungsplan 2022**

**Vorl.Nr. 353/21**

---

**Beratungsverlauf:**

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt der stellvertretende Leiter des Fachbereichs Organisation und Personal den Stellenentwicklungsplan 2022 vor.

**Beschluss:**

1. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg wird für die Modernisierung des Gebäudes Alt-Württemberg-Alle 41 mit Einrichtung eines Kindergartens im Sanierungsgebiet "SZP" ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von bis zu 887.440,00 € gewährt. Der städtische Anteil der Förderung beträgt 40 % (354.976,00 €). Die Maßnahme soll bis voraussichtlich Ende 2023 umgesetzt werden.
2. Für die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg wird für die Modernisierung des Gebäudes Jägerhofallee 40 mit dem Ziel der Wohnraumschaffung im Sanierungsgebiet "SZP" ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von bis zu 1.700.000 € gewährt. Der städtische Anteil der Förderung beträgt 40 % (680.000 €). Die Maßnahme soll bis voraussichtlich Ende 2023 umgesetzt werden.
3. Die Verwaltung erhält den Auftrag, die Mittel in Höhe von 1.092.500 € für die erste Ratenzahlung für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 anzumelden und die Finanzplanung entsprechend den Umsetzungsfristen vorzunehmen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt mit der WBL jeweils einen entsprechenden Modernisierungsvertrag über die Gesamtsumme abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

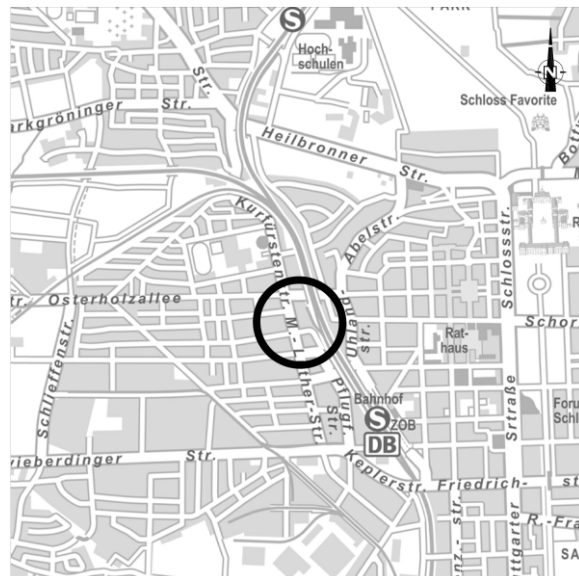
- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Clausen
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 28.10.2021 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 320/21 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Martin-Luther-Straße/Schlachthofstraße“ Nr. 024\_05\_00 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 08.10.2021 (Anlage 1).
- II. Ziel der Planung ist die Sicherung der gewerblichen Nutzung und einer angemessenen Nutzungsmischung in diesem Bereich.
- III. Das Verfahren wird im „beschleunigten Verfahren“ nach § 13a BauGB durchgeführt.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                           - Stadtrat Dogan  
                           - Stadtrat Lutz  
                           - Stadträtin Moersch

Befangen:            - OBM Dr. Knecht

**Beratungsverlauf:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich OBM **Dr. Knecht** für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

EBMin **Schmetz** übernimmt die Sitzungsleitung. Eine Mitarbeiterin des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung erläutert anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) den Sachverhalt.

**TOP 4**

**Bebauungsplan "Martin-Luther-  
Straße/Schlachthofstraße" Nr. 024\_05\_00  
- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung  
der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen  
Träger öffentlicher Belange**

**Vorl.Nr. 305/21**

---

Stadtrat **Sorg** erklärt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Auf weitere Aussprache wird verzichtet.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage Nr. 305/21 Beschluss fassen.

OBM **Dr. Knecht** tritt wieder in die Sitzung ein und übernimmt den Vorsitz.

**TOP 5**

**Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL)  
Vergabe von Planungsleistungen für Schiller- und  
Arsenalplatz**

**Vorl.Nr. 335/21**

---

**Geänderter Beschluss:**

1. Das Büro MANN LANDSCHAFTSARCHITEKTUR, Fulda erhält auf Grundlage des Ergebnisses der Bewertungskommission vom 22.10.2021 den Auftrag für die Durchführung der Planungsleistungen, auf Grundlage des durchgeführten Realisierungswettbewerbs (ohne Ideenteil).
2. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Vorerst werden für den Bereich Arsenalplatz die Leistungsphasen 1 -3 (Grundlagen, Vorentwurf und Entwurf) und für den Bereich Arsenalstraße und Schillerplatz die Leistungsphasen 1 – 2 beauftragt (Aufteilung Planungs- und Realisierungsabschnitte Anlage 3). *Die weiteren Leistungsphasen werden jeweils vom Gemeinderat freigegeben.*
3. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 180.000 Euro werden freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die bisherigen Beratungen. Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus, in der Bewertungskommission sei man sich einig gewesen, dass die Platzumgestaltung gewollt sei. Daher sei sie überrascht gewesen, als in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) erneut Zweifel aufkamen. Zwei Gründe seien in dieser Sitzung angeführt worden. Zum einen fehlende finanzielle Mittel und zum anderen, dass die Parkplätze nicht ausreichen würden.

Aus finanzieller Sicht müsse man aus ihrer Sicht die Neugestaltung in Angriff nehmen, da es ansonsten noch teurer werde. Auch die Fördergelder, die es nur unter der Voraussetzung gegeben habe, dass Stellplätze entfernt werden, müssten ansonsten zurückbezahlt werden.

Die nun im Bau befindliche Tiefgarage, unter der Kreissparkasse solle künftig angenommen werden. Man dürfe nicht der Bequemlichkeit Vorschub leisten und wenige Meter nebenan ebenerdige Stellplätze anbieten. Außerdem gebe es in vielen Straßen seitliche Parkplätze in denen weiterhin geparkt werden könne.

Auf dem Arsenalplatz sollen so viele Bäume wie möglich erhalten werden. Das Stadtklima könne nicht mehr warten; die Sommer werden heißer. Sie hoffe daher, dass der Gemeinderat heute einstimmig diesem Vorhaben zustimme.

Es liege nun eine flexible Planung vor. Beim Konzept handle es sich um eine deutliche Verbesserung durch den vorliegenden zweiten Entwurf, so Stadtrat **Braumann**. Der Schillerplatz sei bei der Bearbeitung außen vor geblieben, was er bedaure. Positiv zu sehen sei das Wasserspiel, sowie die Ankündigung Bäume erhalten zu können. Aber auch die geplante Wegeführung, sowie die Stellplätze im südlichen Bereich sehe er positiv. Die Forderungen seiner Fraktion seien zu großen Teilen berücksichtigt. Seine Fraktion bestehe weiterhin auf 36 bis 40 Stellplätze mit Schwerpunkt im südlichen Bereich.

Er bittet um eine Auflistung der Höhe an Fördermittel, die zurückbezahlt werden müssen, wenn keine Beauftragung erfolgt. Er macht deutlich, dass der ZOB Vorrang vor der Neugestaltung des Arsenalplatzes habe. Am ZOB hänge man mit der Planung hinterher. Nur durch eine Sanierung des Bahnhofsbereichs könne die Mobilitätswende geschafft werden. Aufgrund der herausfordernden Haushaltssituation und dem Planungsrückstand müssten die Prioritäten richtig gesetzt werden. Priorität habe die Realisierung des ZOB. Laut ursprünglicher Planung hätte der Entwurfsbeschluss ZOB im dritten Quartal 2021 angestrebt werden sollen. Die Beantragung von Fördermitteln sollte im Oktober 2021 erfolgen. Stadtrat Braumann erkundigt sich nach dem aktuellen Stand dieser Bestrebungen.

Weiter führt er aus, seine Fraktion beantrage, dass ab Leistungsphase II die weiteren Leistungsphasen jeweils einzeln vom Gemeinderat beschlossen werden müssen.

Beim Projekt ZIEL solle zunächst alles geschoben werden, was nicht förderschädlich sei. Mit Schreiben vom 05.11.2021 habe BMin Schwarz das Vorgehen zur Planungsleistung von Schiller- und Arsenalplatz dargestellt, wie für welche Bereiche und unter welchen Bedingungen die beantragten Förderbeträge für die zentrale Innenstadt Entwicklung gewährt werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Tiefgarage der KSK. Dieses Schreiben müsse auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit sei für alle Bürgerinnen und Bürger transparent, in welchen Zwängen man sich befinde. Ansonsten sei für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar, weshalb es am Bereich Bahnhof nicht vorwärts gehe.

---

Stadtrat **Rothacker** führt aus, vor zwei Wochen habe man sich geeinigt, dass der Vorliegende Entwurf der Beste sei. Zu diesem Zeitpunkt seien allerdings auch noch Stellplätze eingezeichnet gewesen. Beim Entwurf, welcher im SHL vorlag, seien die Stellplätze nicht eingezeichnet gewesen. Man sei zum Wohle aller Bürger da, auch sei man dem Einzelhandel und der Gastronomie verpflichtet. Diese leisten den größten Beitrag, dass die Innenstadt gut frequentiert sei. Es gebe eine Stellungnahme von LUIS, dass Stellplätze auf dem Arsenalplatz unbedingt notwendig seien; für den Einzelhandel und die Gastronomie. Seine Fraktion habe zeitnah eine schriftliche Erläuterung, wie es sich mit den Fördergeldern verhält, eingefordert. Man werde hingehalten. Es gab viele Änderungen um eine Mehrheit im Gemeinderat erzielen. Seine Fraktion werde dieses Spiel nicht mehr mistspielen.

Für die Fraktion der Freien Wähler habe der ZOB ebenfalls erste Priorität. Heute gehe es um Planungsleistungen. Hier könne man eventuell mitgehen. Nicht mitgehen könne man bei einer Realisierung im Jahr 2023. Die Haushaltslage sei sehr angespannt. Die Aufgaben hinsichtlich der Kinderbetreuung werden als wichtiger angesehen. Er könne sich nicht vorstellen Mittel für den Arsenalplatz auszugeben und notwendige Dinge zu streichen. Die Priorität liege auf dem ZOB. Ein ganzheitliches Verkehrskonzept für die Stadt solle vorgelegt werden. Mit der weiteren Planung des Arsenalplatzes könne seine Fraktion mitgehen. Dem Antrag der CDU-Fraktion, die Leistungen ab Leistungsphase 3 im Gemeinderat freizugeben, solle man folgen.

Stadträtin **Liepins** spricht die angespannte Haushaltslage an und verweist auf die großen Projekte, welche in der nächsten Zeit anstehen. Die ZIEL Diskussion habe bereits Mitte der 90iger Jahre mit dem Auftrag zur Umgestaltung des Schillerplatzes begonnen. Gescheitert sei dies am Umbau der Wilhelmsstraße. Jetzt habe man einen Preisträger und es seien sich eigentlich alle einig den Platz mit Bäumen umzugestalten. Heute solle die Zustimmung erfolgen, damit die Planungen vorangetrieben werden können. Der Umbau könne dann schrittweise entschieden werden. Aus ihrer Sicht sei ein ganzheitliches Verkehrskonzept für die Innenstadt erst realisierbar, wenn man die Autos vom Arsenalplatz wegbekomme und höchstens noch Sonderparkplätze dort zur Verfügung stehen. Sollten weiterhin Parkplätze dort belassen werden, werde sich nichts ändern können. Die KSK baue öffentlichen Stellplätze. Wenn der Platz umgestaltet und autofrei werde, sei der Weg für ein Verkehrskonzept frei. Sie hoffe heute auf eine Mehrheit, damit die Planung vorangetrieben werden könne, um zumindest im Jahr 2023 mit der Umgestaltung des Platzes beginnen zu können. Dem Antrag der CDU-Fraktion, die einzelnen Abschnitte im SHL zu beschließen, werde mitgetragen.

Stadträtin **Knecht** teilt mit, strategisches Ziel sei es, den Einzelhandel und die Gastronomie zu stärken und Menschen in die Innenstadt zu ziehen. Ob der Siegerentwurf dies gewährleiste sei für sie noch fraglich. Sie bezweifelt, dass Sitz- und Spielmöglichkeiten sowie Bäume ausreichend Anziehungskraft bringen, um Menschen in die Innenstadt zu ziehen. Für Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger könne dies in Zukunft ein netter Platz für Freizeitvergnügen sein, jedoch sei es kein Besucher- und Touristenmagnet. Es fehle dem Platz an einem Highlight der auch Besucher von außerhalb Anreize biete. Als Beispiele führt sie nachhaltige Architektur, ein Wissenszentrum, oder ein modernes Museum mit vielfältigen Ausstellungen an. Eine Attraktion, die ihresgleichen in der Region suche. All dies sei Zukunftsmusik und nur realisierbar, wenn es der Haushalt zulasse. Sie spricht die Folgekosten der Neugestaltung an. Dem CDU-Antrag können man folgen.

---

Stadtrat **Müller** signalisiert Zustimmung, da es notwendig sei an dieser Stelle die Planung voranzutreiben. Das vorliegende Konzept sei umsetzbar und habe Realisierungschancen. Die Argumentation seiner Vorrednerin könne er nicht nachvollziehen, da egal wo gepflanzt werde, Folgekosten entstehen. Auch die bestehenden Parkplätze seien keine besondere Architektur.. Die Forderung den ZOB vorzuziehen, sei nachvollziehbar. Der Planungsfortschritt und die Planungsqualität des Arsenalplatzes seien allerdings mit dem ZOB nicht vergleichbar. Beim ZOB seien weitergehende Aspekte, wie z.B. die Stadtbahn, zu klären. Ein Vorantreiben des ZOB anstatt des Arsenalplatzes sei nicht sinnvoll und würde die Planung um Jahre zurückwerfen.

BMin **Schwarz** informiert, das von Stadtrat Rothacker geforderte schreiben wurde am 05.11.2021 versandt und auch der Presse zugänglich gemacht. Zu den Stellplätzen führt sie aus, es gebe unterschiedliche Pläne des Planungsbüros Mann. Zum einen gebe es einen Plan mit Stellplätzen in einer Interimsphase und einen Plan im Endausbau, der keine Parkplätze vorsehe. Es sei die Entscheidung des Gemeinderats, ob dieser weitere Umbau gewünscht sei. Ein gesamtes Verkehrskonzept sei auch im Zusammenhang mit dem Schillerplatz zu sehen, oder auch wie das Land am Zeughausplatz weiter plane, oder auch inwiefern das Archiv erweitert werde. Wichtig sei, dass die Planung weiter vorangetrieben werde. Fragen, z.B. ob es bei einer reduzierten Anzahl an Parkplätzen zu vermehrtem Parksuchverkehr komme, werden in der weiteren Planung aufbereitet. Es sei schon immer geplant gewesen, den historischen Stadtplatz frei zu halten und nicht zu bebauen. Dort Architektur bzw. neue Baulichkeiten zu errichten halte sie für falsch. Die Entscheidung des Gemeinderates den Platz als Platz zu erhalten, sei aus ihrer Sicht richtig. Durch Aktionen und Veranstaltungen, die auf dem neu gestalteten Platz stattfinden, könne dieser Ort zu einem Anziehungspunkt und Platz der Begegnung werden.

Stadtrat **Weiss** führt aus, man habe sich darauf verlassen, dass wenn die Kreissparkassenausfahrt Schillerstraße komme, nochmals über die Gestaltung des Arsenalplatzes, auch was die Parkplätze betreffe, diskutiert werden könne. Nun heiße es Stellplätze können nicht bleiben, da Zuschüsse nicht gewährt werden. Er frage daher nochmals nach, ob dies wirklich so sei, oder ob über diese Parkplätze diskutiert werden könne.

BMin **Schwarz** erläutert, die Anzahl von 26 - 30 Stellplätzen wie im Entwurf dargestellt, vor allem für besondere Bedarfe, seien aller Voraussicht nach förderunschädlich. Dies werde nochmals mit dem Land geklärt. Man wolle z.B. Stellplätze für Menschen mit Behinderung und E-Ladestation-Möglichkeiten anbieten.

Stadtrat **Haag** erkundigt sich, ob es beim Förderprogramm des Landes ein Enddatum für die Fertigstellung des Platzes gebe. Außerdem sei für ihn aus dem Schreiben von BMin Schwarz kein Zusammenhang bzw. Beschluss zwischen der Herstellung der Tiefgaragenstellplätze in der KSK und der Abschaffung der Stellplätze auf dem Arsenalplatz ersichtlich.

Stadträtin **Dr. Klünder** interessiert die Zeitschiene. Die Einrichtung von mehr E-Ladestationen, Parkplätzen für Menschen mit Behinderung, oder auch Fahrrad Stell- und Ladeplätzen solle nicht nur interimweise gedacht werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert daran, dass man der KSK-Tiefgarage in einem Kompromiss zugestimmt habe. Es sei klar gewesen, dass ihre Fraktion für die Tiefgarage der Kreissparkasse gestimmt habe, damit der Arsenalplatz autofrei werde. Weiter bittet sie darum, dass der Antrag der CDU-Fraktion präzisiert werden solle.

---

OBM **Dr. Knecht** hält den CDU-Antrag für eindeutig. Ab Leistungsphase III sollen alle weiteren Beauftragungen Schritt für Schritt durch den Gemeinderat freigegeben werden.

Stadtrat **Herrmann** bittet um Klarstellung zu der schlussendlichen Anzahl an Parkplätzen. Die Zustimmung der CDU sei nur möglich, wenn es bei dieser Anzahl auch bleibe und nicht in der nächsten Sitzung wieder von einer anderen Zahl gesprochen werde.

Stadträtin **Liepins** pflichtet Stadträtin Dr. Knoß bei. Es sei in den vergangenen Jahren von einem autofreien Arsenalplatz gesprochen worden. CDU, FW und FDP hätten daraufhin angemerkt, dass diese Parkplätze ersetzt werden müssen. Es gab verschiedene Ideen, wie beispielsweise eine Tiefgarage unter dem Schillerplatz. In den Überlegungen zu einem Ausgleich an Stellplätzen entstamme die Idee, dass die Kreissparkasse diese öffentlichen Parkplätze in einer Tiefgarage bauen könnte und diese dann von den Stadtwerken betrieben werden. Damals gab es Argumente, dass es für ältere und behinderte Menschen und für Frauen besonders ausgewiesene Stellplätze geben müsse. Dies würde allerdings nur wieder zu einem Parksuchverkehr führen. Eine Ausnahme solle es aus ihrer Sicht nur für Behindertenstellplätze geben.

Stadtrat **Remmele** teilt mit, von der Fraktion der Freien Wählern sei immer gewünscht worden, dass auch Handwerker nicht in ein Parkhaus fahren müssen. Es fehle an einem Verkehrskonzept, nicht nur für die Innenstadt, sondern für die ganze Stadt - von Obweil bis Eglosheim. Er prognostiziert, dass bei einer Schließung der Wilhelmsstraße für den Durchgangsverkehr, massive Probleme entstehen, da die Autos weder von außen, noch innen durch die Stadt kommen würden. Man müsse überlegen, wo die Fahrzeuge untergebracht werden können.

OBM **Dr. Knecht** erinnert an die letzte Diskussion im Forum. Damals sei man von 30 - 40 Parkplätzen für die von ihm benannten Gruppen, also Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Frauen und vielleicht auch E-Lade Parkplätzen ausgegangen. Auch damals gab es Stimmen für einen komplett autofreien Platz, aber auch Stimmen, dass es nur mit diesem Kompromiss denkbar sei.

Heute wolle man lediglich die Leistungsphasen 1 und 2 verabschieden. Deshalb müsse die Frage zwar nochmal festgehalten werden, dass von einigen Parteien 30 - 40 Parkplätze gewünscht werden, aber diese Frage heute gar nicht final entscheiden werden müsse.

BMin **Schwarz** stellt klar, dass es heute nicht um ein Mobilitätskonzept für die Innenstadt gehe, sondern um einen Planungsbeschluss. Es würden auch im Zuge der Mobilitätswende noch Stellplätze benötigt werden. Mit heutigem Beschluss solle das Büro Mann beauftragt werden, eine Planung der Stellplätze und des Arsenalplatzes vorzuschlagen. Die Anregung, die weiteren Leistungsphasen vom Gemeinderat freigeben zu lassen, halte sie für das richtige Vorgehen. Der Beschlussvorschlag könne gerne dahingehend angepasst werden.

Stadtrat **Zeltwanger** hält es für entscheidend, welchen Planungsauftrag man dem Planungsbüro auf den Weg gebe. Eine Rahmenvorgabe für die Parkplatzanzahl sei entscheidend. Der Marktplatz funktioniere aktuell gut, da dort gute Gastronomen angesiedelt seien. Vergleichsweise müsse auch der Rand des Arsenalplatzes durch gute Player bespielt werden. Eine intelligente Planung müsse den Rand in den Griff bekommen. Auf die landeseigenen Gebäude am Rande des Arsenalplatzes habe man keinen direkten Einfluss. Dies sei ein Mangel und man müsse versuchen, Einfluss dahingehend zu nehmen, dass bei den Landesgebäuden gute, sinnvolle Nutzungen im Erdgeschoss angesiedelt werden, die den Platz aktiv bespielen.



---

Weiter sei auch der Busverkehr entscheidend. Derzeit halten sowohl am Arsenalplatz, wie auch gegenüber am Kino, viele Busse. Der alte Platz sei für diese vielen Busse und für die Menschen, die sich dort aufhalten, zu klein. Der Arsenalplatz im Hintergrund sei ohne Verknüpfung. Hier gebe es noch Potential. Er bittet dies dem Planer mit auf den Weg zu geben.

Stadtrat **Haag** erkundigt sich nach schriftlichen Vereinbarungen mit dem Land und/oder der Kreissparkasse oder den Stadtwerken, bis wann die Parkplätze auf dem Arsenalplatz signifikant reduziert sein müssen. Dann habe man einen klaren Zeithorizont.

Stadtrat **Juranek** zeigt sich irritiert über die Diskussion. Heute stimme man nicht über einen Platzentwurf, sondern über eine Planungsbeauftragung ab. Es gehe also darum, eine Planung erstellen zu lassen, welche anschließend dem Gemeinderat vorgelegt wird. Anhand dieser Planung werde dann diskutiert werden müssen. Auf diese Planung könne dann immer noch eingewirkt werden. Erst müssten die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit kurzfristig - wenn es der Haushalt zulässt - auch die Umsetzung erfolgen könne.

OBM **Dr. Knecht** betont die Chance für die Stadtentwicklung. Andere europäische Städte hätten längst erkannt, dass es hilft, wenn städtischer Raum anders als mit ebenerdig liegenden Parkplätzen gestaltet wird. Der Platz solle auch für Feste, die Weinlaube, für Treffes, für Familien etc. genutzt werden. Auch die Landeszentrale für politische Bildung wolle sich in einem Gebäude ansiedeln und auf den Platz hinein agieren. Richtig sei, dass sich auch das Staatsarchiv bewegen müsse, dass es erlebbarer werde. In der Gesamtsicht werde die Maßnahme der Stadtentwicklung, dem Einzelhandel, der Gastronomie helfen und zu einer Attraktivität der Innenstadt führen.

BMin **Schwarz** geht davon aus, dass die Stellplätze auf dem Arsenalplatz entfernt sein müssen, wenn das Städtebauförderprogramm abgerechnet wird. Das Förderprogramm ende im Jahr 2027. Entsprechend müssten die 144 Stellplätze bis dahin entfernt sein. Ein gewisser Spielraum sei vorhanden. Mit der Planung solle für ca. 0,5 Mio. Euro der Platz umgestaltet werden kann. Dabei seien die aktuellen Baukosten, sowie deren Entwicklung zu beachten.

Zu Beginn der Leistungsphase II werde es einen mündlichen Bericht geben. Zu Leistungsphase III, wenn auch die Kostenberechnung vorliege, müsse der Baubeschluss gefasst werden. Somit habe der Gemeinderat nach Leistungsphase II nochmals die Möglichkeit Änderungen an dem Entwurf vorzunehmen.

Hinsichtlich der Zeitschiene für den ZOB führt sie aus, der Entwurfsbeschluss für den ZOB sei noch in diesem Jahr angestrebt gewesen. Es verhalte sich allerdings ähnlich wie beim Arsenalplatz. Man steige auf die Bremse, drehe noch eine Runde und schaue wo Kosten eingespart werden können. Dieser Prozess dauere zwar etwas länger, sei jedoch sinnvoll und richtig.

Aus dem Gesagten entnehme er, dass bis ins Jahr 2027 die Stellplätze entfernt sein müssten, teilt Stadtrat **Remmele** mit. Er erkundigt sich, ob dies auch die im aktuellen Plan dargestellten 36 Stellplätze betreffen.

BMin **Schwarz** gehe nicht davon aus, dass der Fördergeber mit Stellplätzen für Menschen mit Behinderung, für ältere Menschen, vielleicht auch E-Lade Parkplätzen usw. Schwierigkeiten habe. Diese Frage könne geklärt werden, wenn eine Planung vorliege. Es gehe darum den Arsenalplatz nicht als reinen Parkplatz zu belassen. Die genaue Anzahl der Parkplätze obliege der Planung, da es dabei auch auf die örtlichen Gegebenheiten ankomme, z.B. wo Bäume stehen.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den CDU-Antrag, dass über die Leistungsphasen 3 ff jeweils der Gemeinderat bzw. der zuständige Ausschuss abstimmen solle, abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den durch den Antrag ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Herr Stadtoberbrandrat Benedikt Bockemühl, wird auf seinen Antrag vom 21.10.2021 gemäß § 15 Beamtenstatusgesetz mit Wirkung vom 01.01.2022 zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe versetzt. Das Einverständnis des aufnehmenden Dienstherrn gem. § 15 Abs. 3 BeamtStG) liegt vor.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 370/21. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 370/21 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Die Stelle der Leitung des Fachbereichs Bürgerbüro Bauen ist dem Grundbedarf zuzurechnen und wird zur Wiederbesetzung freigegeben. Sie wird in der Besoldungsgruppe A 15 bzw. vergleichbarer Entgeltgruppe nach TVöD intern sowie extern ausgeschrieben. Der Leiter des Fachbereichs wird bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand zum 28.02.2023, teilweise freigestellt bzw. beurlaubt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 321/21. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 321/21 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Gemäß den §§ 40 und 104 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird entsprechend dem Antrag der Freien-Wähler-Fraktion vom 06.10.2021 die Besetzung des Aufsichtsrates der Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH wie folgt ab dem 01.01.2022 geändert:

Mitglied wird: Florian Lutz  
Mitglied scheidet aus: Reinhardt Weiss

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt  
- Stadtrat Lutz  
- Stadträtin Moersch  
- Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 319/21. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 319/21 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Frau Lisa Bogner wird als Sachverständige mit dem Schwerpunkt Architektur in den Gestaltungsbeirat berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

BMin **Schwarz** bedankt sich bei Frau Zeese für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren und überreicht ihr ein Präsent. Frau **Zeese** erwidert den Dank.

Sodann lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 369/21 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Gemäß den Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr **Wolfgang Medinger**, Tilsiter Straße 7, 71638 Ludwigsburg-Oststadt,

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oststadt berufen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadträtin Moersch  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 351/21. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beratungsverlauf:**

Nach Ausführungen durch OBM **Dr. Knecht** spricht BM **Mannl** die Eidesformel:

„Ich schwöre, dass ich mein Amt nach bestem Wissen und Können führen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Landesverfassung und das Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass BM Mannl nun offiziell vereidigt sei. Er freue sich auf die künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er verweist auf den anschließenden Empfang im Eingangsfoyer des Rathauses anlässlich der Amtseinführung von Herrn Mannl und beendet die Sitzung.

Eine nichtöffentliche Sitzung findet nicht statt.